

Föderalismus im Fokus (VII)

Sieben Antworten auf die häufigsten Einwände gegen eine Steuerrückvergütung

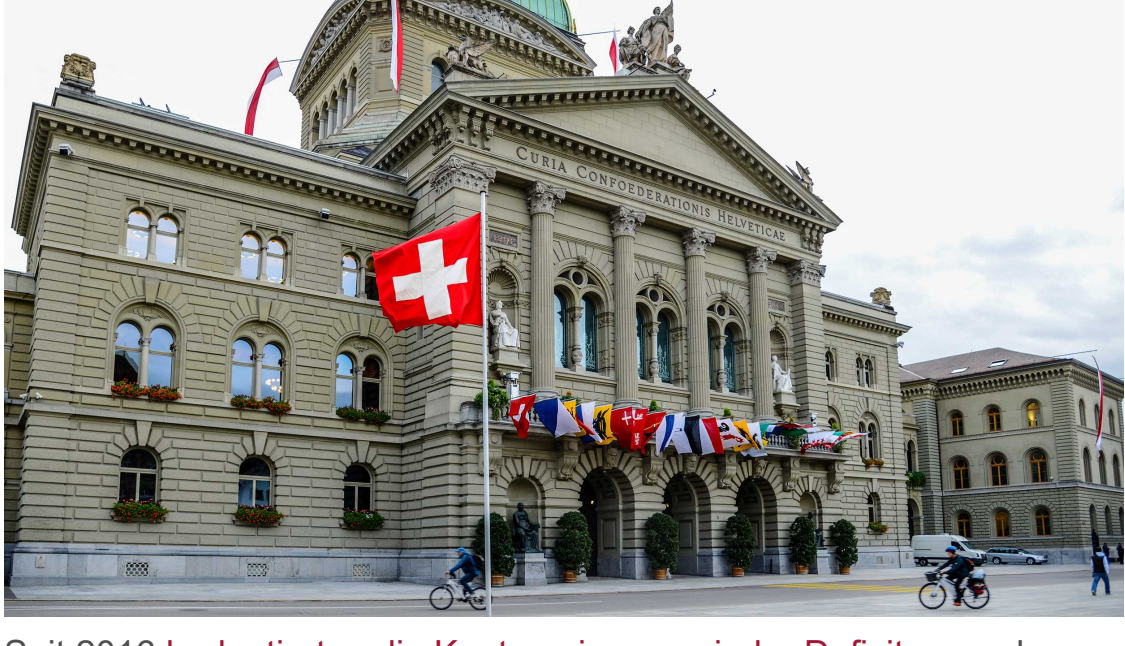


In der Bevölkerung scheint die hier vor einer Woche präsentierte [Idee einer kantonalen Steuerrückvergütung](#) auf Zuspruch zu stossen. Von knapp [5000 dem «Blick» antwortenden Lesern](#) finden beispielsweise 84% ein solches Instrument eine gute Lösung. Etwas vorsichtiger war das Feedback von gewissen Medienschaffenden und Experten. Lukas Rühli hat die sieben am häufigsten genannten Bedenken genauer angeschaut. Fazit: Die Steuerrückvergütung bricht keineswegs mit der finanzpolitisch vorsichtigen Tradition der schweizerischen Institutionen – im Gegenteil.

[Sieben Antworten auf die häufigsten Einwände gegen die Steuerrückvergütung](#)

Föderalismus im Fokus (VIII)

Kantone am Rockzipfel des Bundes



Seit 2016 [budgetierten die Kantone immer wieder Defizite](#), um dann erhebliche Überschüsse zu erzielen. Und obwohl ihre finanzielle Lage mehrheitlich komfortabel ist, rufen die Kantone zunehmend nach mehr Bundesgeldern. Für Lukas Rühli führt dies zu weiteren Finanzierungsverflechtungen zwischen den Staatsebenen sowie zu Zentralisierungen. Das schwächt den Föderalismus ohne finanzielle Not.

[Den Kantonen geht's blendend – und doch wollen sie mehr vom Bund](#)

Die Zahl



Bei der Einführung der AHV 1948 betrug die minimale Rente 40 Fr. pro Monat. Das entsprach 6% des Durchschnittslohns. Seither wurde die AHV mehrfach ausgebaut und die Minimalrente seit 1980 kontinuierlich an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst. 2022 betrug sie 1195 Fr. pro Monat. Das entspricht 15% des Durchschnittslohns, 2,3 Mal so viel wie bei der AHV-Einführung. (D/IT)

Podcast «Think dank!»

Standortförderung – ist das nötig?



Die Schweiz zählt zu den wettbewerbsfähigsten Ländern der Welt. Die Wirtschaft schafft Jahr für Jahr Zehntausende Arbeitsplätze, renommierte internationale Unternehmen haben hier ihren Hauptsitz, und Arbeitskräfte strömen ins Land. Trotzdem leistet sich die Schweiz eine hochdotierte Standortförderung – wofür genau? Die Frage diskutieren Remo Dagwati, Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Standort-Management, und Avenir-Suisse-Ökonom Lukas Schmid unter der Leitung von Marc Lehmann.

[Standortförderung – ist das nötig?](#)

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Steuerrückvergütungen: Der von Lukas Rühli lancierte Avenir-Suisse-Vorschlag, [kantonale Überschüsse in Form von Steuerrückvergütungen](#) zurückzuzahlen, hat in zahlreichen Kantonen Kontroversen ausgelöst: Während laut [«Blick»](#) 84% seiner Community klar für die vorgeschlagene Lösung seien, wolle der Kanton Schwyz vom Vorschlag nichts wissen, schrieb die [Boulevardzeitung](#). Dafür müsse man die Verfassung ändern, ausserdem drohe ein «bürokratischer Rechenaufwand», lautete die Argumentation der Kantonsregierung.

Die [«Solothurner Zeitung»](#) findet die Idee zwar «interessant», zweifelt jedoch an der Umsetzbarkeit. Wenig überraschend fordert in der [«Basler Zeitung»](#) die Juso-Präsidentin Ronja Jansen, die Überschüsse für mehr Umverteilung zu nützen. In den [«Schaffhauser Nachrichten»](#) gab die Finanzdirektorin Cornelia Stamm Hurter derweil zu Wort, mit den Überschüssen eine finanzpolitische Reserve zu äufnen, mit der dann einst die Zahlungen in den nationalen Finanzausgleich getätigt werden können.

In der Zentralschweiz hat schliesslich die [«Luzerner Zeitung»](#) Politikern den Puls gefühlt, wie sie zum Jüngsten Avenir-Suisse-Vorschlag stehen. Wiederum wenig überraschend fordern Vertreter aus dem linken politischen Spektrum mehr Umverteilung – der grüne Kantonsrat Fabrizio Misticoni wendet sich gar generell gegen eine Rückvergütung, weil dies «eine Art nachträgliche Steuersenkung» sei. Einig sind sich hingegen der Luzerner Finanzdirektor Reto Wyss und sein Zuger Amtskollege Heinz Tännler, dass auf die Überschüsse mit einer Steuerfussreduktion reagiert werden sollte – etwas, was in der besagten Avenir-Suisse-Studie ebenfalls als optimale Lösung vorgeschlagen wird.

Kinderbetreuung: «Die Kinderbetreuung ist in der Schweiz besonders teuer», hat [die NZZ](#) festgestellt und nach den Gründen gefragt. Laut einer Unicef-Studie müsse ein Paar zwischen einem Drittel und der Hälfte eines Lohnes der beiden Partner für die Betreuung von zwei Kindern aufwenden. «In den meisten Ländern wird einfach breiter subventioniert als in der Schweiz», sagt Marco Salvi im Beitrag. Hilfreicher wäre laut unserem Senior Fellow eine [Individualbesteuerung](#). Damit würden Frauen steuerlich weniger stark bestraft werden, wenn sie ihre Pension erhöhten.

Staatswachstum: Im [Kanton Solothurn](#) tobt der Abstimmungskampf um die «1.85»-Initiative, die das Personalwachstum in der Verwaltung bremsen will. Dabei argumentieren verschiedene Politiker wie Kantonsrat Daniel Probst oder FDP-Parteipräsident Stefan Nünlist in der [«Solothurner Zeitung»](#) nicht nur mit unserer Publikation [«Vermessenes Staatswachstum»](#), sondern auch mit dem [Avenir-Suisse-Freiheitsindex](#).

Stromversorgung: Die Fachzeitschrift [«Bulletin Electrosuisse»](#) hat vom 17. Schweizerischen Stromkongress in Bern berichtet, an dem sich Bundesrat Albert Rösti für den Mantelerlass eingesetzt hat. «Es geht hier um nicht weniger als um eine sichere Stromversorgung der Schweiz», sagte der Energieminister. Avenir-Suisse-Direktor Jürg Müller lancierte mit seinem Impulsreferat zum [Mantelerlass](#) eine Diskussionsrunde zwischen Susanne Vincenz-Stauffacher (Nationalrätin FDP/SG), Delphine Klopfenstein Broggin (Nationalrätin Grüne/GE) und Martin Bäuml (Nationalrat GLP/ZH).

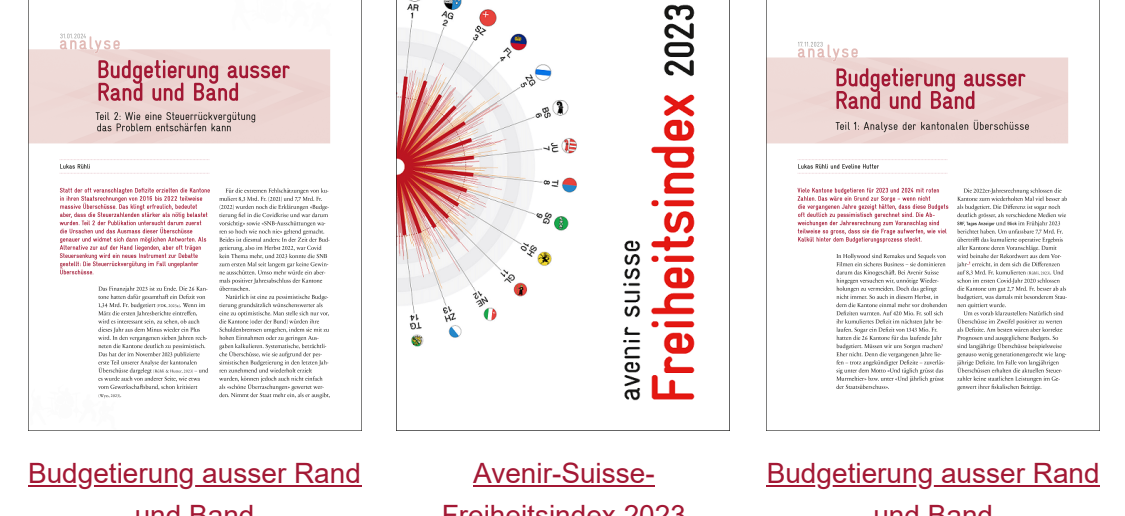
Regulierung: Unter dem Titel «Giftcocktail für die Textilindustrie» hat das [«St. Galler Tagblatt»](#) die Ursachen für «das absehbare Aus der Ostschweizer Textilveredlerin Cilander» gesammelt und festgestellt, sie stünden exemplarisch für die Probleme der Branche. Einer der Gründe sei die Regulierung in der Schweiz und der EU, «beispielsweise in der Corporate Social Responsibility». Die Zunahme der Regeldichte verursache personelle und administrative Aufwände. Dabei habe [Avenir Suisse 2023](#) im Nachgang zur [Unternehmensverantwortungs-Initiative](#) festgehalten, das Schweizer Unternehmertum übernehme zunehmend Verantwortung.

Giesskannenprinzip: Nicht nur mit einer allfälligen 13. AHV-Rente würde Geld mit der Giesskanne verteilt, hat [Urs P. Gasche im «Infosperber»](#) bemerkt. Andere Beispiele seien Kinderzulagen, die Beiträge an die Bahn-Infrastruktur, eine reduzierte Mehrwertsteuer für Dünger und Pflanzenschutzmittel sowie der Verzicht auf die Benzinsteuern in der Landwirtschaft. Zitiert wird auch ein Beispiel, das Avenir-Suisse-Direktor Jürg Müller in einer Kolumne in der [«NZZ am Sonntag»](#) und einem [Blog](#) als Argument gegen Subventionen vorgebracht hat: «Warum soll der Ausbau eines Hotels mit öffentlichen Geldern alimentiert werden, aber nicht der Ausbau einer Bäckerei?»

Kalte Progression: Das Fürstentum Liechtenstein ist im neusten [Avenir-Suisse-Freiheitsindex](#) vom Podest gestossen worden, weil in unserem Nachbarland der Ausgleich der kalten Progression de facto kaum stattfindet. Deshalb hat die Vaterländische Union den Ausgleich in einem Postulat gefordert, das [laut NZZ](#) im Vorwahljahr gute Chancen habe, umgesetzt zu werden. Thomas Lorenz, Geschäftsführer des Think-Tanks Stiftung Zukunft.li, hatte sich schon zuvor in einem Interview mit dem [«Liechtensteiner Vaterland»](#) für einen Automatismus zum Ausgleich der kalten Progression ausgesprochen.

Landwirtschaftspolitik: Während in der EU die Bauern mit Traktoren in die Hauptstädte rollen, halten sich ihre Schweizer Kollegen vergleichsweise still. Laut [«Badischer Zeitung»](#) seien sich die Schweizer Bauern bewusst, «dass sich die Bezuschussung der eidgenössischen Landwirtschaft auf einem Niveau befindet, von dem deutsche Bauern nur träumen können.» Die Subventionen summieren sich in der EU auf weniger als 20% des Einkommens, während es in der Schweiz laut Avenir Suisse durchschnittlich 50% seien. Das habe mit der Bauernlobby in der Schweiz zu tun, wird Patrick Dümmler zitiert: «In der EU demonstrieren die Landwirte vor den Parlamenten, in der Schweiz sitzen sie seit Jahren und in wachsender Zahl darin.»

Unsere aktuellen Publikationen



[Budgetierung ausser Rand und Band](#)

[Avenir-Suisse-Freiheitsindex 2023](#)

[Budgetierung ausser Rand und Band](#)

Newsletter verpasst?
Sie finden alle früheren Ausgaben in unserem [Newsletter-Archiv](#).